

Faire Steuern – gegen Abzocker

Wer mehr als zehn Prozent eines Unternehmens besitzt, soll künftig nur noch die Hälfte der Dividenden versteuern. Das hat der Nationalrat Anfang Oktober bei der Beratung der Unternehmenssteuerreform II beschlossen. Wer hat, dem soll also noch mehr gegeben werden. Der Entscheid der bürgerlichen Ratsmehrheit läuft parallel zur Einführung degressiver Steuersysteme in einigen Kantonen, die ebenfalls Grossverdiener und grosse Vermögen bevorzugen.

Wenn die Reichen nicht so viel versteuern müssen, würden sie mehr investieren, was allen zugute käme, wird von rechts behauptet. Solche Rezepte kennen wir aus den USA, mit der Folge, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer grösser wird.

Experten bezweifeln aber auch die Verfassungsmässigkeit der neuen Steuergesetze, die der Steuergerechtigkeit widersprechen. Die SPS wird deshalb das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform II ergreifen und hat zuvor schon die Lancierung einer Volksinitiative beschlossen: «Für faire Steuern – Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb».

Denn der Wettbewerb unter den Kantonen hat die gleiche polarisierende Wirkung wie die Bevorzugung von Grossaktionären. Wenn die Schweiz als Steueroase für Unternehmen und Grossverdiener weltweit eine dubiose Rolle spielt, so versuchen sich auch einzelne Kantone als Steueroasen innerhalb der Schweiz aus der solidarischen Pflicht stehlen. Um diesen schädlichen Steuerwettbewerb zu bremsen, will die SP-Steuerinitiative für die ganze Schweiz verbindliche Steuersätze für sehr hohe Einkommen und Vermögen durchsetzen und degressive Steuern ausdrücklich verbieten

SVP-Vertreter, die sich so gerne ihrer Volksnähe rühmen, zeigen plötzlich ihre Missachtung normaler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Doch gibt es auch erste Erfolge der öffentlichen Auseinandersetzung: Nachdem die Abstimmung über ein neues Steuergesetz im Kanton Appenzell-Ausserrhoden vom Bundesgericht für ungültig erklärt worden ist, verzichtet die

Kantonsregierung in ihrem neuen Vorschlag auf degressive Steuern. So wie die Debatte um die Abzockerei kann auch die Diskussion um Steuergesetze den neoliberalen Diskurs der schamlosen Bereicherung durchbrechen. Die Steuerfrage darf uns nicht gleichgültig bleiben.

Remo Gysin

Remo Gysin ist SP-Nationalrat (Basel-Stadt) und Mitglied des AFP-Vorstands.

www.gysinbasel.ch